Gas-Kathi hat einen Plan! Um Deutschlands Stromversorgung für die Zukunft sicher und bezahlbar zu machen, will Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche viele neue Gaskraftwerke bauen. Das wollte ihr Amtsvorgänger Robert Habeck übrigens auch und scheiterte mit diesem Plan in Brüssel. Auch Reiches Plan wurde bereits von der EU zerpflückt und das ist gut so, dient die gesamte Stromstrategie von Reiche doch vor allem den großen Versorgungsunternehmen und schadet der Volkswirtschaft. Leider wird das gesamte Themenspektrum jedoch in der politischen und gesellschaftlichen Debatte mit einer kaum fassbaren volkswirtschaftlichen Inkompetenz betrieben, und da nehmen sich Habecks Grüne und Reiches CDU nichts. Eine Hintergrundbetrachtung von **Jens Berger**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251121_Gas_Kathi_und_die_Wirtschaftsinkompetenz_der_CDU_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Eines der größten Mysterien der Politik ist das wirtschaftspolitische Image der CDU. In den Köpfen vieler Menschen schwirrt immer noch die Vorstellung herum, die CDU sei so etwas wie eine Mittelstandspartei, die sich – im Zweifel auch mal gegen die Interessen der Arbeitnehmer – vor allem für kleinere Unternehmen einsetzt, die das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft bilden. Spannend.

Dabei gibt es streng genommen keine technologische Entwicklung, die die CDU nicht zu Lasten auch der kleinen Unternehmen entweder verschlafen oder sogar so lange aktiv behindert hätte. In den 1990ern hielt der damalige Kanzler Kohl die „Datenautobahn“ für „umstritten“. 2013 – also zehn Jahre nach Gründung der *NachDenkSeiten* und zwanzig Jahre, nachdem meine Wenigkeit zum ersten Mal von daheim im Internet surfte – verkündete Kohls Mädchen Angela Merkel bar jeder Kompetenz, dass „das Internet für uns alle Neuland“ sei und „unsere Art zu leben“ in Gefahr bringen könnte.

Und auch sonst erwies sich die CDU als wenig visionär. Die digitale Revolution? Verschlafen. Die Mobilitätswende? So gut es geht verhindert. Die Energiewende? Erst verschlafen und dann vom CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier aktiv bekämpft. Die „Jobs der Zukunft“ entstanden woanders, Deutschlands Restwirtschaft sitzt zusammen mit der mehr und mehr genervten Bevölkerung auf

den Altlasten und zahlt weltweit mit die höchsten Energiepreise. Wirtschaftskompetenz sieht anders aus.

Und wer nun meint, die CDU hätte aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt, muss sich nur die Politik der neuen Wirtschaftsministerin Katherina Reiche anschauen. Nun gut, Reiche ist keine Unbekannte. Und warum irgendwer auf die Idee gekommen ist, die ehemalige(?) Energie-Lobbyistin und Geschäftsführerin einer E.ON-Tochter, deren Eintrag in der *Lobbypedia* länger als ihr Eintrag in der *Wikipedia* ist, zur Wirtschafts- und Energieministerin zu machen, ist ein weiteres Mysterium.

Worum geht es? Da die Debatte vergleichsweise komplex ist und von verschiedenen Seiten mit allerlei Unsinn geflutet wird, hier eine grobe Übersicht.

Einer der Parameter, der Deutschlands Industrie über Jahrzehnte lang begünstigt hat, waren die im internationalen Vergleich relativ geringen Energiekosten. Obgleich man auch hier monokausale Erzählungen hinterfragen sollte – die Energiekosten in Deutschland lagen auch in der alten Bundesrepublik stets im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld. Ein Billigenergie-Dorado war Deutschland nie, insbesondere die Industrie konnte jedoch in der Vergangenheit stets – auch dank staatlicher Subventionen – mit einem Energiekostenniveau arbeiten, das zumindest keinen dramatischen Wettbewerbsnachteil darstellte.

Das änderte sich mit der Jahrtausendwende. Fossile Energieträger verteuerten sich nun deutlich. 2020 war der Importpreis für Kohle rund doppelt so teuer wie zur Jahrtausendwende. Für Deutschland entscheidend war jedoch der Wegfall des vergleichsweise preiswerten russischen Erdgases in Folge der Sanktionspakete gegen Russland ab 2022. Zwar wird Erdgas in Deutschland vor allem als Heizenergie genutzt, im Rahmen der Energiewende ist diesem Energieträger jedoch auch eine Schlüsselrolle bei der Bildung des Strompreises zuteilgeworden.

Um das zu verstehen, ist ein kurzer Blick auf die regenerativen Energien nötig, und an dieser Stelle kann man die ohnehin aufgeheizte Klimadebatte ruhig einmal beiseitelassen und das Thema rein ökonomisch betrachten. In den 1990er-Jahren waren regenerative Energien wie Windkraft oder die Erzeugung von Solarstrom noch exotische Nischenfelder, deren Potenzial zwar durchaus verstanden wurde, aber zumindest wirtschaftlich noch in weiter Ferne lag. Um diese Nischentechnologien zu fördern, wurden diese Energien massiv subventioniert. Wer sich beispielsweise im Jahre 2000 eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach bauen ließ,

konnte auf die Laufzeit von 20 Jahren mit einer staatlich garantierten Einspeisevergütung von 99 Pfennig (also rund 50 Cent) pro Kilowattstunde kalkulieren. Ein großes Geschäft für die Betreiber waren diese damals noch vergleichsweise ineffizienten und teuren Anlagen übrigens nicht – verschiedene Studien nennen für diese Periode Gestehungskosten von über 40 Cent pro Kilowattstunde (ct/kWh).

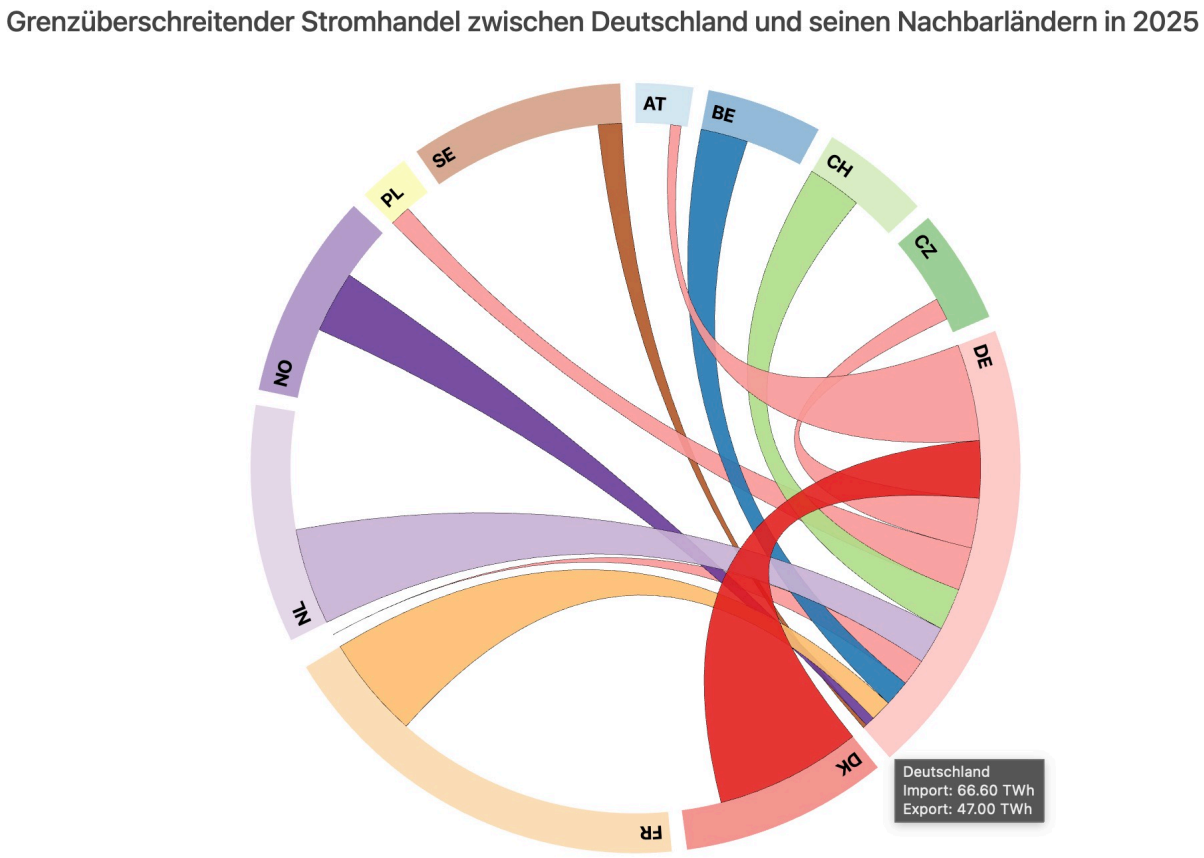
Diese Preise scheinen zumindest bei der CDU ja immer noch in den Köpfen herumzuspuken. Die Realität sieht jedoch heute anders aus. Die technologische Fortentwicklung hat sowohl Wind- als auch Solarenergie massiv verbilligt. Schon vor der Energiepreiskrise 2022 lagen die Gestehungskosten für Strom aus Wind- und Photovoltaik durchgängig unter den Gestehungskosten für Strom aus Kernenergie, Kohle oder Erdgas, wobei Letzteres sich seit dem Ende des Bezugs russischen Pipelinegases noch einmal verteuert hat. Heute sind die reinen Gestehungskosten (also inkl. Investitionen) für Strom aus Erdgas mit rund 15 ct/kWh rund dreimal so hoch wie Strom aus Photovoltaik-Großkraftwerken und rund doppelt so hoch wie Strom aus Windkraftwerken.

Aus rein ökonomischer Perspektive macht die Energiewende also durchaus Sinn und müsste nicht zu – wie von der CDU gerne behauptet – höheren, sondern zu niedrigeren Strompreisen führen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall, und das hat nichts mit Energieerzeugung, sondern mit den Preismechanismen auf dem Strommarkt zu tun. Dazu hatten die *NachDenkSeiten* bereits ausführlich berichtet. An dieser Stelle daher nur kurz: Über den Daumen gepeilt lässt sich sagen, dass der Strom in Deutschland um so günstiger wird, je seltener Strom aus Gaskraftwerken ins Netz eingespeist werden muss. Doch warum wird überhaupt teurer Strom aus Erdgas eingespeist?

Das ist ganz einfach. Photovoltaik und Windenergie sind zwar günstig, stehen aber nicht immer zur Verfügung. Nachts lässt sich kein, bei stark bedecktem Himmel nur wenig Strom aus Photovoltaik gewinnen. Und wenn es landesweit eine Flaute gibt, bleiben auch die Windkrafträder stehen. Vor allem die mittlerweile berühmt-berüchtigte Dunkelflaute stellt für die Versorgungssicherheit ein großes Problem dar. Aber wie groß ist das Problem genau?

Hier gibt es verschiedene Positionen. Lobbyisten der fossilen Energiewirtschaft und Gegner der Energiewende malen hier gerne Horrorszenarien an die Wand und verweisen sogar darauf, dass bei der jetzigen Stromerzeugung es jede Nacht zu dem Problem kommt, dass die logischerweise wegfallenden Kapazitäten aus der

Photovoltaik dazu führen, dass Deutschland Strom aus dem Ausland importieren müsse. Das ist erst einmal korrekt, zeugt jedoch auch von ökonomischer Ahnungslosigkeit. Der europäische Strommarkt ist vernetzt, und geliefert wird – so dies technisch möglich ist – immer der günstigste Strom; unabhängig davon, in welchem Land er produziert wurde.



Schaut man sich den europäischen Stromhandel in diesem Jahr an, erkennt man, das Deutschland den meisten Strom aus Dänemark (v.a. Windkraft), Frankreich (v.a. Atomenergie) und Norwegen (v.a. Wasserkraft) bezieht. Das ist kein Bug, sondern ein Feature. Liegt z.B. der Preis für dänischen Windstrom oder französischen Atomstrom nachts unter dem Strom, den ein deutsches Gaskraftwerk aufruft, wird der Strom importiert. Das nennt sich Marktwirtschaft und sollte gerade der CDU eigentlich bekannt sein.

Doch an dieser Stelle fängt ein großes Problem an, das maßgeblich für die hohen Strompreise in Deutschland ist: Diese Betrachtung ist größtenteils theoretisch, da die Leitungen es physisch oft gar nicht hergeben, stets Strom vom günstigsten

Anbieter zu kaufen und zu beziehen. Es nutzt dem Industriebetrieb in Mannheim oder den Stadtwerken in München wenig, dass es nachts preiswerte Überkapazitäten von Windenergie in Dänemark gibt, wenn die Leitungen es nicht hergeben, den Strom in den Süden Deutschlands zu liefern. Dann muss stattdessen ein deutsches Gaskraftwerk einspringen und teuren Strom liefern.

Besonders dramatisch ist dies übrigens auch auf dem innerdeutschen Strommarkt. Hier kommt dann ein Mechanismus namens Redispatch zum Einsatz. Grob erklärt: Wenn ein Industriebetrieb oder die Stadtwerke im Süden Deutschlands an der Leipziger Strombörse für morgen 16:00 Uhr zehn Megawattstunden Strom von einem norddeutschen Windpark für 1.400 Euro einkaufen, der den Strom aber zur gebuchten Zeit gar nicht liefern kann, weil die Netzkapazität dies nicht hergibt, muss ein Gaskraftwerk aus Süddeutschland einspringen, das physisch liefern kann, für den Strom dann aber z.B. 2.500 Euro aufrufen darf. Die 900 Euro Differenz werden als Redispatch-Kosten bezeichnet und auf die uns allen bekannten Netznutzungsentgelte umgelegt, die wir alle mit jeder verbrauchten Einheit bezahlen. 2024 betrugen die Kosten dafür 11,62 ct/kWh – also rund doppelt so viel, wie günstiger Strom aus regenerativen Energien in der Herstellung überhaupt kostet.

Egal, ob es sich um den grenzüberschreitenden oder den innerdeutschen Transport bzw. Handel von Strom handelt, eines lässt sich mit Sicherheit sagen: Je besser das Netz ausgebaut ist und je mehr Stromhandel es ermöglicht, desto günstiger wird es für den Verbraucher – egal, ob es sich um einen Chemieriesen oder um einen Privathaushalt handelt.

Eine weitere Möglichkeit, den Strompreis massiv zu senken, wären kommunale oder regionale Batteriespeicherlösungen. Bei der politischen Debatte geht es ja meist um große Lösungen, die im Idealfall die eierlegende Wollmilchsau sein sollen; egal, ob es von Seiten der AfD und Co. um die Atomkraft oder von Seiten der Grünen und Co. um grünen Wasserstoff geht. Beides ist jedoch ökonomisch (und auch ökologisch) falsch. Im Idealfall muss gar kein Strom über hunderte oder tausende Kilometer transportiert werden. In einem gewissen Maße könnten ausreichend bemessene Batteriespeicher hier sehr hilfreich sein. Wenn in den Mittagsstunden über Photovoltaik und Windenergie in einer Gemeinde mehr Strom produziert als nachgefragt wird, riegelt man heute die Produzenten meist ab. Würde man das Potenzial jedoch voll ausschöpfen und die heute nicht nachgefragten Mengen ganz einfach speichern, um sie so nachts oder bei Flauten wieder ins Netz einzuspeisen, würde dies die Netze entlasten und zudem einen positiven Effekt auf den

Strompreis haben.

Waren solche Batteriespeicher noch vor wenigen Jahren so teuer, dass sie wirtschaftlich nicht wirklich sinnvoll waren, sind die Preise im letzten Jahrzehnt so stark gesunken, dass sie ökonomisch sowohl im privaten als auch im gewerblichen oder kommunalen Umfeld durchaus sinnvoll eingesetzt werden könnten. Bei einem gut ausgebauten Netz würden solche Speicher übrigens auch ganz ohne eigene Einspeisung sehr sinnvoll eingesetzt werden können, indem sie mittags die extrem preiswerten Überkapazitäten einspeichern und – auf kommunaler Ebene gerne auch zum Selbstkostenpreis – in den Tageszeiten mit hohen Strompreisen abgeben. Ja, es könnte so einfach sein. Angebot und Nachfrage, ist das so schwer zu verstehen?

Aber spätestens hier kommen wir zum eigentlichen Knackpunkt der real existierenden deutschen Energiepolitik: Statt auf kommunale, flexible und intelligente Lösungen (Stichwort: Strom aus Bürgerhand) zu setzen, tut man alles in seiner Macht Stehende, um den Strommarkt Großkonzernen mit ihren Großkraftwerken zu überlassen. Auch Katherina Reiche geht genau diesen Weg. Vielleicht haben Sie sich oben im Text an der Stelle mit dem Redispatch gefragt, warum man eigentlich so wenig gegen das Problem unternimmt, wo die Nachteile für alle Stromkunden doch auf der Hand liegen. Ganz einfach – beim Redispatch verdienen sich die Betreiber von Gaskraftwerken, die einspringen müssen, eine goldene Nase, und da das Geld über die Netznutzungsentgelte aus einer Umlage stammt, die wir alle bezahlen, von der wir aber kaum was wissen, hält sich der Protest in Grenzen.

Verschärfend kommt hier die fehlgeleitete politische Kommunikation hinzu: Seitens der AfD werden nicht die Energiekonzerne, sondern „die regenerativen Energien“ für die hohen Preise verantwortlich gemacht. Seitens der Grünen wird jegliche Kritik an der Umsetzung der Energiewende ohnehin lieber als „rechts“ geframt, und von kommunalen Lösungsansätzen halten auch die Grünen nicht viel – sind sie über die Lobbynetzwerke doch bereits viel zu tief im Dickicht der Konzerne verstrickt.

Kommen wir nun abschließend endlich zu den Gaskraftwerken und Gas-Kathi. Mit all den genannten Informationen im Hinterkopf: Wem – außer den Betreibern dieser Kraftwerke – nützen sie? Ökonomisch ist die Frage leicht beantwortet: niemandem. Aus Sicht der Versorgungssicherheit sieht es jedoch anders aus. Die Gefahr von Dunkelflauten ist ja real, und wenn wir über die im Winter häufiger mal vorkommenden Dunkelflauten reden, die sich auch mal über ein bis zwei Wochen strecken können, sind auch Batteriespeicher natürlich keine Lösung. Gaskraftwerke

als strategische Reserve sind eine schlichte Notwendigkeit, sonst könnte uns in der Tat bald durch den Wegfall der grundlastfähigen Braunkohlekraftwerke der Strom ausgehen. Hier gibt es jedoch eine einfache goldene Regel. Wir brauchen so viel Reserve-Gaskraftwerke wie nötig und so wenig wie möglich und vor allem: Je weniger diese Kraftwerke in Betrieb gehen müssen, desto besser, produzieren sie doch den teuersten Strom im Markt.

Daher ist es eigentlich unerheblich, ob Habeck oder Reiche nun 10, 20 oder 50 Gigawatt an Gaskraftwerkskapazität bauen oder besser gesagt subventionieren wollen. Bei solchen Kraftwerken spielen die fixen Kosten keine so große Rolle. Die variablen Kosten und hier vor allem der Bezug von Erdgas als Energieträger sind jedoch enorm. Hinzu kommt hier ein Zielkonflikt. Im Zusammenhang mit der angestrebten Klimaneutralität wird nun Wert darauf gelegt, dass die neuen Gaskraftwerke „H2-ready“ sind oder, wie es politisch heißt, „technologieoffen“ sind.

Das ist jedoch ein Teil der Klimadebatte, ökonomisch gilt hier das Prinzip des abnehmenden Grenznutzens. Dass es ökonomisch widersinnig ist, mittels Energie aus Strom Wasserstoff herzustellen und ihn unter immensen Kosten in ein Kraftwerk zu transportieren, nur um dort wieder aus Wasserstoff Strom zu machen, sollte klar sein. Was für erdgasbetriebene Kraftwerke gilt, gilt somit für vielleicht später potenziell wasserstoffbetriebene Kraftwerke um so mehr.

Viel wichtiger als die Frage, wie viele dieser Gaskraftwerke nun gebaut werden, ist also die Frage, wie häufig diese Kraftwerke überhaupt angeschmissen werden müssen. Und hier kommen wir zum Netzausbau, dem viel wichtigeren Thema und dem eigentlichen Skandal.

Erst vor Kurzem hat Katherina Reiche nämlich eine Auftragsstudie erstellen lassen, die wie von Geisterhand den Strombedarf für die Zukunft herunterrechnet. Mit dieser Prognose ist sie übrigens allein, ist doch eigentlich klar, dass durch die E-Mobilität, Wärmepumpen und den künftigen Ausbau von KI und Rechenzentren nicht weniger, sondern deutlich mehr Strom benötigt wird. Aber darum geht es ihr auch gar nicht. Entscheidend ist der prognostizierte Strombedarf vor allem beim Netzausbau. Den will sie nicht etwa forcieren, sondern bremsen. Der Netzausbau würde – so Reiche – die Kosten erhöhen. Das ist natürlich kompletter Unsinn, wie oben dargelegt. Größter Kostentreiber auf dem deutschen Strommarkt ist der zu langsame Netzbau! Und wenn Reiche nun den Netzausbau noch weiter verlangsamt, wird dies die deutschen Stromkosten noch weiter steigen lassen. So viel zum Thema Kompetenz.

Ist Reiche inkompetent? Natürlich nicht. Gas-Kathi hat nur andere Ziele als die Öffentlichkeit. In wessen Interesse sind denn viele Gaskraftwerke bei gleichzeitig provozierten Kapazitätsengpässen im Leitungsnetz? Völlig klar – Stichwort Redispatch. Die Energiekonzerne verdienen sich eine goldene Nase, die Allgemeinheit zahlt … und die Volkswirtschaft geht vor die Hunde.

Die gesamte Debatte ist aus volkswirtschaftlicher Sicht ohnehin unverständlich. Da kommt eine Partei, die angeblich den deutschen Mittelstand stärken will, daher und verfolgt eine Energiepolitik, bei der mehr Erdgas importiert werden soll. Da freuen sich die Erdgaslieferanten aus Norwegen, Katar und den USA. Das Geld für die importierten Energieträger fließt in jedem Fall aus der deutschen Volkswirtschaft ab. Der berühmte Franz-Alt-Satz „Die Sonne schickt keine Rechnung“ ist zwar auch falsch, aber eine Rechnung vom Dachdecker um die Ecke, der eine Solaranlage installiert, und vom Elektriker, der sie anschließt, erscheinen volkswirtschaftlich immer noch klüger. Aber mit wirtschaftlicher oder gar volkswirtschaftlicher Kompetenz ist es bei der CDU ja nicht so gut bestellt. Dumm nur, dass die wirtschaftliche Inkompetenz der CDU uns alle noch richtig teuer zu stehen kommt.

Titelbild: photocosmos1/shutterstock.com